

Der Aufruf der 83 VWL-Professoren “Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!”

Roland Vaubel

Universität Mannheim

Lehrstuhl für Politische Ökonomie

Verein für Socialpolitik, Magdeburg, 11.09.09

Hypothesen:

1. Die Bürger finanzieren die volkswirtschaftliche Forschung und Lehre, weil sie sich davon wissenschaftliche Erkenntnisse darüber erhoffen, wie die Wirtschaftsordnung und der Einsatz der wirtschaftspolitischen Instrumente bestmöglich gestaltet werden kann.

2. Wirtschaftspolitische Fehler beruhen in der Regel nicht auf logischen Fehlern, sondern darauf, dass die Entscheidungsträger die Wirkungen ihrer Instrumente falsch einschätzen oder dass von den wirtschaftspolitischen Institutionen falsche Anreize ausgehen.

3. Wie die ökonomische Theorie der Bürokratie erwarten lässt, sind die Anreize der Wirtschaftswissenschaftler an den Universitäten verzerrt. Da sie als Staatsbedienstete – anders als die Akteure am Markt – nur geringe Möglichkeiten haben, ihre Einkommen durch eigene Anstrengungen zu erhöhen, legen sie mehr Gewicht auf andere Ziele wie Ansehen, Muße und Sicherheit. Kunstvolle logische Ableitungen mit ihren sicheren Ergebnissen sind für viele von ihnen attraktiver, als in mühsamer Kleinarbeit empirische Kausalhypothesen zu überprüfen oder die Rechtfertigung kontroverser wirtschaftspolitischer Ziele zu analysieren. Es besteht daher ein Principal-Agent-Problem.

4. Die Abschaffung der wirtschaftspolitischen und finanzwissenschaftlichen Lehrstühle hat zur Folge, dass sich die Wirtschaftswissenschaftler an den Universitäten noch weniger mit empirischen und insbesondere wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigen.

Missverständnisse:

1. Es geht nicht um die Ordnungspolitik (kommt in dem Aufruf nicht vor). Die Ordnungspolitik ist nur ein kleiner, wenn auch wichtiger Teil der Wirtschaftspolitik.
2. Es geht nicht in erster Linie um Methoden, sondern um den Forschungsgegenstand.
3. Es geht nicht um die Rolle der Mathematik (kommt in dem Aufruf nicht vor). Die Mathematik spielt in der empirischen wirtschaftspolitischen Forschung (Ökonometrie) eine sehr wichtige Rolle.
4. Es geht nicht speziell um die Umwidmung der wirtschaftspolitischen Lehrstühle in Köln (kommt in dem Aufruf nicht vor). Es geht um eine allgemeine Tendenz, die genauso die finanzwissenschaftlichen Lehrstühle betrifft.
5. Es geht nicht um Internationalisierung. Die meisten jüngeren deutschen Institutionenökonominnen sind auf internationalen Konferenzen und in internationalen Zeitschriften voll präsent.
6. Es geht nicht um die Integration von Theorie und Politik. Wer wirtschaftspolitisch forscht und lehrt, hat einen starken Anreiz, auch seine Kenntnisse der theoretischen Grundlagen zu demonstrieren.
7. Es geht nicht um Protektionismus, sondern um ein Principal-Agent-Problem.